

Im erläuternden Bericht zur Gesetzesrevision vom April 2012 steht: «Die direkte Demokratie in der Schweiz ist heute auf Radio und Fernsehen angewiesen und wäre ohne diese Medien kaum mehr funktionsfähig.» Nun sagen Sie aber bei jeder Gelegenheit, dass die anstehende Abstimmung nichts mit Service public zu tun habe. Warum kuschen Sie plötzlich?

Sie hat wirklich nichts damit zu tun. Für die SRG etwa bliebe bei einem Nein ja alles beim Alten. Wir stimmen einzig darüber ab, wie wir die Gebühren einziehen. Eine breite Diskussion über Service public wird aber schon sehr bald folgen, ein entsprechender Bericht ist in Bearbeitung. Stellen wir Änderungsbedarf fest, kann dies bis zu einer Verfassungsänderung führen.

Zuerst die Finanzierung klären und erst dann eine Grundsatzdiskussion führen – das ergibt doch keinen Sinn.

Die Reihenfolge hat sich aus den Diskussionen im Parlament so ergeben. Schon seit Jahren ist klar, dass wir ein



neues Inkasso-System brauchen, weil der Medienkonsum nicht mehr an herkömmliche Empfangsgeräte gekoppelt ist. Die meisten Haushalte und Betriebe verfügen heute über Internet und können so auch Radio und TV empfangen. Die Service-public-Diskussion hingegen kam erst in letzter Zeit auf. Deshalb wird es nun auch einen Bericht dazu geben, um eine fundierte Debatte führen zu können. Es hat sich gezeigt, dass viele Junge nicht mehr verstehen, weshalb sie für das Schweizer Fernsehen bezahlen sollen, obwohl sie dessen Kanäle nie oder fast nie einschalten. Zudem fragen sich viele, weshalb sie Programme für die italienischsprachige Schweiz querfinanzieren sollen. Es fehlt offensichtlich auch an Gemeinsinn.

Jedenfalls ist Ihr Schachzug clever: Weil die Billag-Gebühren für den einzelnen Haushalt von 462 auf 400 Franken pro Jahr sinken, ist die Opposition gering. Tatsächlich aber zementieren Sie das Monopol der SRG. Entweder haben Sie den Abstimmungstext noch nicht gelesen oder ihn missverstanden. Ihre Behauptung ist nämlich falsch. Die SRG erhält genau gleich viel Geld, egal, ob die Bevölkerung Nein oder Ja sagt zum RTVG. Die lokalen Radio- und TV-Stationen hingegen erhalten in Zukunft mehr Gebührengelder, wenn die Vorlage durchkommt. Ketzerisch könnte man sagen: Wer der SRG schaden möchte, muss dieser Vorlage zustimmen.

Die Finanzierung der SRG aber wäre auf lange Sicht gesichert – dies hilft ihrer Vormachtstellung.

«Wenn wir es für richtig halten, können wir die Billag-Gebühren auch senken.»

Auch das ist falsch. Wie bereits heute kann der Bundesrat die Höhe der Gebühren jedes Jahr neu festlegen. Wenn wir dies für richtig halten, können wir sie auch senken. So eben auch für den Fall, dass man den Service-public-Inhalt anders definieren oder mehr Pay-TV wollte.

Dank der Zuwanderung nimmt die SRG ohnehin jedes Jahr mehr Geld ein – in den letzten 15 Jahren waren es fast 150 Millionen Franken. Nur weil mehr Leute zusehen können, wird Fernsehmachen aber nicht teurer.

Das ist so und gibt dem Bundesrat Spielraum, in Zukunft auch über Gebührensenkungen nachzudenken. Wegen der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative wird die Bevölkerung in Zukunft aber nicht im gleichen Tempo anwachsen wie bisher. Zudem hatte und hat die SRG grössere technische Investitionen zu tätigen, die aus unserer Sicht eine jährliche Abgabe von 400 Franken pro Haushalt rechtfertigen.

Machen wir ein paar ganz konkrete Beispiele: Der Radiosender SRF 4 News hat einen Marktanteil von unter einem Prozent. Bringt das die Schweizer Demokratie weiter?

Es ist nicht meine Sache, das zu entscheiden. Wir haben die Programmautonomie in der Verfassung garantiert, da mischt sich der Bundesrat nicht ein.

Die zweiten Kanäle der Landessender zeigen vor allem Sport und Unterhaltung. Ist das Service public? Sport ist Teil des Service publics, ja.

Auch ein Fussballspiel der Champions League? Es gibt doch genügend private TV-Stationen, die diese Spiele übertragen würden.

Es ist etwas billig zu sagen, bei der einen Sportart ziehen wir uns zurück und bei der anderen nicht. Wer würde in einem komplett liberalisierten Markt dafür sorgen, dass die Leute auch

über, sagen wir, die Fussball-Challenge-League informiert sind? Oder Randsportarten wie Kunstturnen oder Volleyball? Das wäre, wie wenn wir bloss noch eine Zugverbindung von Zürich nach Bern und keine Regionalverbindungen mehr anbieten würden.

Können Sie nachvollziehen, dass der Gewerbeverband das Referendum gegen das neue Gesetz ergriffen hat?

Auf der einen Seite gibt es immer diejenigen, die – nett ausgedrückt – die SRG einfach nicht mögen. Zahlreiche Firmen haben bis jetzt, bewusst oder unbewusst, nicht bezahlt und müssen es künftig tun, da praktisch alle Internet-Zugang, Radio oder TV haben und so Programme empfangen. Aber soll man denn Trittbrettfahrer einfach weiter bevorteilen? Und dann gibt es die Ideologen, die sich per se gegen Abgaben wehren.

Das Gewerbe findet es ungerecht, dass Firmen Gebühren bezahlen müssen, obwohl ihre Mitarbeiter schon zu Hause bezahlen.

Das ist ja heute schon so. Offenbar gibt es aber derzeit noch Schwarzseher und -hörer in den Unternehmen, obwohl ja nur schon alle Firmenautos ein Autoradio haben, um ein Beispiel zu nennen. Das Problem ist das gleiche wie bei den Privatpersonen: Praktisch alle besitzen heutzutage einen Internetanschluss und empfangsfähige Geräte. Sollen wir besser allen Unternehmen ständig die Billag auf den Hals hetzen? Die Bürokratie ausbauen? Das ist nicht mehr zeitgemäss. Und vergessen wir nicht: 75 Prozent der Unternehmen bezahlen mit dem neuen Gesetz keine Abgabe, für weitere neun Prozent gilt ein günstigerer Tarif als heute.

Es gibt aber auch Unternehmen, die künftig massiv mehr bezahlen müssten, im Extremfall bis zu 39000 Franken pro Jahr. Ist das gerecht?

Dies gilt für rund 345 Unternehmen, die mehr als eine Milliarde Umsatz machen. Aber es gibt tatsächlich Fälle, bei denen die Abgabe fürs Unternehmen etwas happig ausfallen würde.

Kommen Sie diesen Firmen entgegen?

Ich schliesse nicht aus, dass wir auf Verordnungsstufe mit der Steuerverwaltung noch eine Härtefallregelung finden. Da laufen Gespräche.

Wie könnte so eine Lösung konkret aussehen?

Entscheidend für die Berechnung der Abgabe ist der Umsatz eines Unternehmens. Die Leidtragenden des neuen Gesetzes sind somit Firmen mit hohen Umsatzzahlen, aber kleinen Margen – etwa im Autogewerbe. Wir prüfen, ob da noch was drinliegt.

Dem Volk werden am 14. Juni drei weitere Abstimmungen vorgelegt, darunter mit der Erbschaftssteuer-

initiative eine mit mindestens so weitreichenden Folgen. Warum wird dennoch am emotionalsten über das RTVG-Gesetz diskutiert?

Ich stelle fest, dass die SRG viele Feinde hat – gerade unter Journalisten. Da spielen wohl auch gewisse Ressentiments mit. Auf der anderen Seite hat die SRG eine Machtposition, die sie ausspielt. Da verstehe ich auch die Verleger, die andere Interessen wahren.

Sie sehen viele SRG-Feinde. Sind Sie deshalb solch eine SRG-Freundin?

Es wird uns immer vorgeworfen, wir seien der verlängerte Arm der SRG.

«Ich stelle fest, dass die SRG viele Feinde hat – gerade unter Journalisten.»

Das ist falsch. Wir sind neutral, denn wir beaufsichtigen die SRG und führen harte Gespräche. Es gibt die Programmautonomie, aber die Finanzierung kontrolliert der Bund.

Was passiert, wenn das Volk im Juni Nein sagt?

Dann bleiben wir bei einem bürokratischen, antiquierten Gebührenmodell. Und ich sage an die Adresse all jener, welche die SRG schwächen wollten: Ihr habt das alte System soeben zementiert. Der SRG würde es bei einem Nein genau gleich gut gehen, aber die lokalen Anbieter hätten einen kleineren Gebührenanteil. Zudem kann ich nicht ausschliessen, dass die Billag mehr kontrollieren würde. Das mag ja aber niemand.

Dafür würde die Diskussion um die nötige Grösse und den Leistungsumfang der SRG umso mehr geführt. Jene Kräfte erhielten Auftrieb, die das Angebot auf die Information beschränken wollen und die SRG in einem Extremszenario gar privatisieren wollen.

Das halte ich für komplett weltfremd. Nur schon ein mehrsprachiges Angebot würde ein Privater von sich aus nie finanzieren wollen. Viele Sendungen würden nicht mehr produziert, weil es nicht rentiert, und man müsste viel mehr im Ausland einkaufen. Das wäre nicht mehr die vielfältige Schweiz, wie wir sie kennen und auch schätzen.



Doris Leuthard ...

... ist seit dem 1. November 2010 **Vorsteherin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek).**

Nach ihrer Wahl in den Bundesrat als Nachfolgerin von Joseph Deiss im Jahr 2006 war sie vier Jahre Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements. Leuthard wurde 1999 in den Nationalrat gewählt und **präsierte von 2004 bis 2006 die CVP Schweiz.** Sie hat an der Universität Zürich Rechtswissenschaften studiert und war Partnerin in einem Anwaltsbüro. Die 52-Jährige lebt in Merenschwand im Kanton Aargau und ist verheiratet.